

2.05.2022 – 04.05.2022

Stand: 05.04.2022, 08:00 Uhr

OPERATIVE LAGE

Die russischen Truppen setzen ihre Offensive in der Ostukraine fort. Die Zahl der Raketenangriffe auf die ukrainische Verkehrsinfrastruktur hat zugenommen, um die Logistik der ukrainischen Streitkräfte zu erschweren und die Lieferwege für ausländische Militärhilfe zu blockieren. Die überwiegende Mehrheit der Streiks richtet sich gegen Bahnanlagen.

Richtungen Kyjiw und Schytomyr:

Am Abend des 4. Mai wurde eine abgeschossene Flugabwehrrakete in der Nähe von Browary bei Kyjiw registriert.

Richtungen Tschernihiw und Sumy:

Die russischen Streitkräfte beschießen weiterhin die Grenzgebiete der Oblaste Tschernihiw und Sumy von ihrem Gebiet aus.

Richtungen Charkiw und Luhansk:

Die Offensive der russischen Truppen in Richtung Isjum im Gebiet Charkiw geht weiter. Der Beschuss von Charkiw geht weiter. Aufgrund der erfolgreichen Gegenoffensive der ukrainischen Streitkräfte im Norden der Stadt hat die Intensität der Angriffe jedoch deutlich abgenommen (auf 2-3 Vorfälle pro Tag).

In der Region Luhansk konzentrieren die russischen Truppen ihre Bemühungen darauf, die Kontrolle über die Siedlungen Rubischne und Popasna zu erlangen. Sie beschießen weiterhin Wohngebiete in der Region.

Richtungen Donezk und Saporischschja:

Das russische Militär im Norden der Region Donezk setzt seine Offensive in Richtung Lyman und Slowjansk fort. Im Süden wird der Beschuss des Asow-Stahl-Werks in Mariupol fortgesetzt. Versuche, die Einrichtung zu stürmen, finden im Zeitraum vom 3. bis 4. Mai statt.

Zwischen dem 2. und 4. Mai wurden in der Region Donezk 24 Zivilisten getötet und weitere 46 verletzt. Die meisten Opfer waren in Awdijiwka zu beklagen, wo das russische Militär am 3. Mai eine Haltestelle für öffentliche Verkehrsmittel in der Nähe der Koksfabrik angriff. In der Nacht zum 5. Mai führten russische Truppen einen Raketenangriff auf Wohngebiete in Kramatorsk durch. Mindestens 25 Menschen wurden dabei verletzt.

Als Reaktion auf den russischen Beschuss schlugen die ukrainischen Streitkräfte ein Öldepot in der vorübergehend besetzten Stadt Makijiwka in der Region Donezk ein. Das Feuer zerstörte die für die russischen Truppen bestimmten Treibstoffvorräte.

Die Kämpfe in der Region Saporischschja gehen weiter. Die regionale Militärverwaltung von Saporischschja meldete den Beschuss von Wohngebäuden und zivile Opfer in der Nähe von Huljajpole (nahe der Verwaltungsgrenze zur Region Donezk).

Richtung Dnipro:

Russische Streitkräfte greifen die Eisenbahninfrastruktur in der Zentralukraine an. Mehrere Raketen trafen die Infrastruktur in der Region Kirowohrad. Am Abend des 4. Mai erfolgte ein Raketenangriff auf die Stadt Dnipro, einen wichtigen Verkehrsknotenpunkt, über den Nachschubwege für die ukrainischen Streitkräfte in der Ostukraine verlaufen. Der Beschuss von bewohnten Gebieten in der Region Dnipropetrowsk durch MLRS geht ebenfalls weiter.

Richtung Süden:

Der Beschuss von Mykolajiw und die Raketenangriffe auf das Gebiet der Region Odessa gehen weiter. Am 2. Mai wurde bei einem Anschlag in Odessa ein Kind getötet und eine weitere Person verwundet. Außerdem griff die russische Armee zum dritten Mal eine strategisch wichtige Brücke über den Dnister-Liman in Satoka an, über die die Straße nach Rumänien führt.

Die ukrainischen Streitkräfte setzen ihre Angriffe auf das Gebiet der vorübergehend besetzten Schlangeninsel mit einer Bayraktar-TB2-Drohne fort. Am 2. Mai wurden zwei russische Boote in der Nähe der Insel zerstört.

Richtung Westen:

Russische Truppen griffen elektrische Umspannwerke an, um den Eisenbahnverkehr zu erschweren oder zu unterbrechen, und unterbrachen so die Lieferketten für die militärische Hilfe westlicher Partner für die Ukraine. Insbesondere schlugen sie Raketen ein und beschädigten am 3. Mai drei Umspannwerke in Lemberg; in Wolowez (Transkarpatien) wurde ein Eisenbahnumspannwerk getroffen.

Informationskonfrontation

Das russische Militär versucht, die Monopolkontrolle über die Kommunikationssysteme in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine zu erlangen. Das ukrainische Ministerium für digitale Transformation berichtete, dass die ukrainischen Mobilfunkbetreiber aufgrund der Feindseligkeiten in der Region Cherson mehrere Tage lang nicht arbeiten konnten. Erst am 3. und 4. Mai wurde die Kommunikation wiederhergestellt.

Die Hauptdirektion des Nachrichtendienstes der Ukraine teilt mit, dass Russland für den 9. Mai im besetzten Mariupol so genannte "Feierlichkeiten" vorbereitet. Zu diesem Zweck werden in der Stadt dringende Straßenreinigungsarbeiten durchgeführt und Propagandamaterial unter Beteiligung bekannter russischer Journalisten vorbereitet.

HUMANITÄRE LAGE

Das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte verzeichnete in den frühen Morgenstunden des 4. Mai 2022 in der Ukraine 6.635 zivile Opfer (3.238 Tote und 3.397 Verwundete). Nach Angaben von Jugendstaatsanwälten forderte der groß angelegte Einmarsch der Russischen Föderation in die Ukraine über 627 Kinderopfer: 220 Kinder wurden getötet und 407 verletzt.

Das Ministerium für die Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete meldete neun Gefangenenaustausche seit Beginn des Krieges. Bis zum 2. Mai waren 320 Personen aus russischer Gefangenschaft entlassen worden, darunter 59 Zivilisten (die das russische Militär unter Missachtung der Genfer Konventionen festhält, um sie weiter gegen ihr Militär auszutauschen). So wurde beispielsweise der Sekretär des Stadtrats von Nowa Kachowka in der Region Cherson, Dmytro Wasyljew, nach 46 Tagen Gefangenschaft freigelassen. Gleichzeitig berichtete die Ombudsfrau Ljudmyla Denisowa über neue Fälle von Folter und Rechtsverletzungen an ukrainischen Gefangenen durch das russische Militär.

Die Evakuierung der Einwohner von Mariupol, die sich in den Lagerräumen des Asow-Stahl-Werks befinden, hat begonnen. Am 3. Mai teilte die Ministerin für die Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete, Iryna Wereschtschuk, mit, dass die erste Gruppe von 156 Evakuierten, die zwei Tage zuvor die aktive Kampfzone verlassen hatten, in Saporischschja angekommen sei. Am nächsten Tag wurden weitere 344 Menschen aus Mariupol und den umliegenden Siedlungen evakuiert. Zivilisten und Verwundete bleiben in der Zone der aktiven Feindseligkeiten.

Die Associated Press zitierte einen Bericht über die Bombardierung des Dramtheaters in Mariupol durch russische Truppen am 16. März. Den Ermittlungen zufolge könnten rund 600 Menschen bei dem Anschlag getötet worden sein. Die Untersuchung widerlegt auch die Behauptung Russlands, dass das Theater als Stützpunkt für die ukrainischen Streitkräfte diene.

Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, erinnerte anlässlich des Welttages der Pressefreiheit daran, dass nach Angaben des Europarates seit Beginn der groß angelegten russischen Invasion in der Ukraine mindestens zehn ukrainische und internationale Journalisten getötet und weitere verletzt wurden.

Die Ombudsfrau Ljudmyla Denisowa sagte, dass bei der Hotline der Ombudsfrau bereits 1.889 Anfragen zur Suche nach vermissten Kindern eingegangen sind. Bei einem Treffen mit einer Delegation der internationalen Nichtregierungsorganisation Save the Children sprach Denisowa vor allem über die Zwangsabschiebung ukrainischer Bürger in das Gebiet der Russischen Föderation. Offizielle russische Quellen berichten von der Abschiebung von fast 1,1 Millionen Menschen aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet, darunter fast 200.000 Kinder.

Infolge der aktiven Feindseligkeiten sind fast alle von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete in der Region Luhansk von der Gasversorgung abgeschnitten. 42 Siedlungen in der Region wurden stromlos geschaltet. Aufgrund der Zerstörung von Pumpstationen und Sammlern sowie des Ausfalls von Infrastruktureinrichtungen gibt es in den wichtigsten Städten keine zentrale Wasserversorgung. Trinkwasser wird von der humanitären Zentrale und dem staatlichen Notfalldienst geliefert. In der Region Charkiw

sind mehr als 200 Tausend Haushalte in fast 250 Siedlungen ohne Strom und etwa 90 Tausend Abonnenten in mehr als 70 Siedlungen ohne Gasversorgung. In Charkiw selbst gibt es Probleme mit der Wasserversorgung.

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums wurden 400 Gesundheitseinrichtungen in der Ukraine durch die russische Aggression beschädigt und weitere 40 vollständig zerstört. Das Ministerium für Umweltschutz und natürliche Ressourcen verzeichnete 172 Fälle von Umweltzerstörung in der Ukraine, die auf das Vorgehen des russischen Militärs zurückzuführen sind.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Der Pressedienst des Finanzministeriums teilte am 2. Mai mit, dass die Ukraine 495 Millionen Euro an Zuschüssen aus dem Treuhandfonds der Weltbank erhalten hat.

Laut dem Gouverneur der Nationalbank, Kyrylo Schewtschenko, ist das ukrainische Bankensystem trotz des Krieges weiterhin hoch liquide. Er erklärte, dass die Liquidität der Banken (Guthaben auf Korrespondenzkonten der Banken und Anlagen in Einlagenzertifikaten der NBU) seit Kriegsbeginn um 72 Mrd. UAH zugenommen hat und derzeit bei über 230 Mrd. UAH liegt.

Martin Frick vom UN-Welternährungsprogramm erklärte, dass in den ukrainischen Häfen fast 4,5 Mio. Tonnen Getreide blockiert sind, die aufgrund der russischen Blockade nicht auf dem Seeweg exportiert werden können.

POLITISCHE UND DIPLOMATISCHE ENTWICKLUNGEN

Eine wachsende Zahl internationaler Politiker und Beamter besucht Kyjiw, um ihre Unterstützung für die Ukraine zu bekunden. Der dänische Außenminister Jeppe Kofod, der Vorsitzende der größten deutschen Oppositionspartei CDU, Friedrich Merz, und der moldawische Parlamentspräsident Igor Grosu statteten der Regierung offizielle Besuche ab. Sie besuchten die befreiten Städte der Region Kyjiw (Irpın und Butscha) und trafen mit Vertretern der ukrainischen Behörden zusammen.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij hat mit dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda telefoniert, um über weitere Verteidigungshilfe für die Ukraine und verstärkten Sanktionsdruck auf Russland zu sprechen. In Gesprächen mit dem niederländischen Premierminister Mark Rutte und dem israelischen Premierminister Naftali Bennett sprach er die Frage an, wie Kriegsverbrecher vor Gericht gebracht werden können. Der ukrainische Präsident führte auch ein Telefongespräch mit UN-Generalsekretär António Guterres, in dem beide Seiten die Evakuierung von Zivilisten aus der Anlage Asow-Stahl in Mariupol erörterten. Darüber hinaus wandte sich Wolodymyr Selenskij an die Parlamente Dänemarks und Albaniens und forderte sie auf, den Sanktionsdruck auf Russland zu erhöhen, insbesondere die Häfen für russische Schiffe zu schließen und die Verhängung eines Ölembargos zu unterstützen.

Der britische Premierminister Boris Johnson sprach vor ukrainischen Abgeordneten. Er kündigte neue Waffenlieferungen an (darunter gepanzerte Fahrzeuge und Anti-Schiffs-Raketen). Insgesamt kündigte das Vereinigte Königreich seine Bereitschaft an, der Ukraine zusätzliche Militärhilfe im Wert von 375 Millionen Dollar zu gewähren. Die

militärische Unterstützung durch die Partner wird weiter ausgebaut. Die deutsche Regierung hat beschlossen, 7 Panzerabwehrwaffen des Typs PzH 2000 an die Ukraine zu liefern. Am 4. April stimmte das bulgarische Parlament für die Unterstützung der Ukraine, einschließlich der Reparatur ukrainischer militärischer Ausrüstung in den Rüstungsbetrieben des Landes.

Die Sanktionsmaßnahmen gegen die Russische Föderation werden verstärkt. Die britische Regierung verhängt Sanktionen gegen 63 natürliche und juristische Personen aus der Russischen Föderation, die mit großen Medienorganisationen in Russland in Verbindung stehen. Die neuseeländische Regierung verhängt weitere Beschränkungen gegen 170 Mitglieder des russischen Föderationsrates sowie gegen sechs Rüstungsunternehmen und -organisationen.

Die EU erwägt ein vollständiges Verbot von Öleinfuhren aus Russland bis Ende 2022 sowie Sanktionen gegen mutmaßliche Kriegsverbrecher. Ungarn ist das einzige Mitglied, das das russische Ölembargo blockiert.

Die Werchowna Rada der Ukraine hat seit Mai den Gesetzentwurf 7172-1 angenommen. Es sieht ein Verbot der Aktivitäten prorussischer Parteien auf dem Staatsgebiet vor. Außerdem verabschiedeten die Abgeordneten eine Resolution, in der der US-Kongress aufgefordert wird, Russland als staatlichen Sponsor des Terrorismus anzuerkennen, sowie ein Gesetz über einen Rechtsmechanismus für die Zusammenarbeit ukrainischer staatlicher Stellen mit dem Internationalen Strafgerichtshof.

Die Informationen in dieser Zusammenfassung stammen aus offiziellen Quellen - Berichten der ukrainischen staatlichen Behörden sowie ukrainischer und internationaler Nachrichtenagenturen. Die Glaubwürdigkeit der Daten wird vom Projektteam strengstens überprüft und bestätigt, wenn Fake News entdeckt werden.